



BONNER ERKLÄRUNG

zur Umsetzung des neuen UNESCO-Programms „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2030“

Wir – die Teilnehmenden der VENRO-Fachtagung „Umsetzen, diskutieren, fordern – ‚BNE 2030‘ im deutschen Kontext“ am 3. und 4. November 2021¹

- betonen die Notwendigkeit einer umfassenden, strukturellen Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen,
- unterstützen eine zielgerichtete Umsetzung des Programms „BNE 2030“ in Deutschland,
- ermutigen Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft sich noch engagierter für eine transformative Bildung einzusetzen und die hierfür notwendigen Ressourcen bereitzustellen
- und erklären unsere Bereitschaft und Entschlossenheit, uns tatkräftig für die Umsetzung des Programms „BNE 2030“ zu engagieren.

Mit dem neuen Programm „BNE 2030“ setzt die UNESCO ein klares Zeichen für die Schlüsselrolle der BNE in der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft und der Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Gleichzeitig stellt die UNESCO einen ambitionierten Plan zur Verankerung von BNE in ihren Mitgliedsstaaten auf. Jetzt kommt es darauf an, wie das Programm in den Mitgliedsstaaten umgesetzt wird. Auch die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet, das neue Programm umzusetzen. Damit BNE ihren transformativen Charakter entfalten kann, muss sie flächendeckend und strukturell

verankert werden. Für einen gelingenden Umsetzungsprozess von „BNE 2030“ müssen Akteur_innen in Bund, Ländern und Kommunen sowie zivilgesellschaftliche Akteur_innen kohärent zusammenarbeiten und bestehende Gremien zur Zusammenarbeit stärken. Wir wünschen uns einen gemeinsamen Prozess, der durch die offene und wertschätzende Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Akteur_innen als gleichwertige Partner_innen auf allen Ebenen geprägt ist und unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen sowie migrantisch-diasporischen Organisationen, gestaltet wird. Für die verschiedenen Umsetzungsebenen bringen wir als Ergebnis unserer Fachtagung folgende Empfehlungen ein:

1. Bundespolitische Ebene

- a. BNE muss als integraler Bestandteil der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sichtbar gemacht werden. BNE muss insofern als Arbeitsfeld und Querschnittsaufgabe der gesamten Bundesregierung gestärkt werden. Eine Möglichkeit zur Stärkung des Bereiches wäre die Einrichtung einer_s Bundesbeauftragten für BNE.
- b. Die Kohärenz in der Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien, die am BNE-Prozess beteiligt sind, muss gestärkt und ressortübergreifend organisiert werden.

¹ An der Fachtagung in Bonn nahmen 75 Personen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Institutionen und schulischen Bildungseinrichtungen sowie Studierende teil. Die Empfehlungen in dieser Erklärung

sind das Ergebnis der Diskussionsrunden der Fachtagung und wurden von den Teilnehmenden formuliert.

- C.** Die Förderung von BNE-Projekten der Zivilgesellschaft aus Bundesmitteln muss gestärkt und langfristig gesichert werden. Durch eine Vereinfachung der Antragstellung können Zugangshürden gesenkt und eine größere Diversität unter Projektdurchführenden ermöglicht werden. Förderregularien sollten themenverbindend statt abgrenzend formuliert werden und unterschiedliche Bildungskonzepte einschließen. Die Schnittstellen zwischen verschiedenen Bildungskonzepten wie Globales Lernen, entwicklungspolitische Bildung, Umweltbildung oder politische Bildung, die sich unter dem Dach von BNE versammeln, sollten, wie im neuen Programm „BNE 2030“ verankert, als Potenzial betrachtet und stärker genutzt werden. Wir empfehlen die Einrichtung einer öffentlichen Datenbank mit ressortübergreifenden Informationen und Beratungsangebote zu Fördermöglichkeiten.

2. Landespolitische Ebene

- a.** Nach Vorbild des Nationalen Aktionsplans BNE müssen in allen Ländern Strategien zur Umsetzung von BNE entwickelt werden, welche die strukturelle Verankerung von BNE auf Länderebene unterstützen. Zu den Länderstrategien sollte ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch stattfinden. Die vorhandenen oder zu erarbeitenden BNE-Strategien müssen mit ausreichenden finanziellen wie personellen Ressourcen ausgestattet werden.
- b.** Im schulischen Bereich muss BNE umfassend und fachübergreifend in die Lehrpläne integriert und auch als prüfungsrelevante Leistung berücksichtigt werden. BNE darf nicht länger nur als isoliertes Projektthema behandelt werden. Der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung bietet einen guten Ansatzpunkt. Zudem muss BNE in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften deutlich stärker verankert werden.

- C.** Schulen und außerschulische Lernorte sollten dabei unterstützt werden, Nachhaltigkeitskonzepte zu entwickeln, die BNE im Sinne des Whole Institution/School Approach in den Strukturen verankern. Die Umsetzung der Konzepte kann beispielsweise durch die Einrichtung von BNE-Beauftragten und das Einholen von regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichten der Schulen begleitet werden. Dafür müssen den Bildungseinrichtungen adäquate Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

3. Kommunalpolitische Ebene

- a.** Die Kommunen müssen ihre finanziellen Mittel erhöhen beziehungsweise in die Lage versetzt werden, ihre Mittel zu erhöhen, um BNE voranzutreiben. Zudem müssen unterstützende und beratende Strukturen ausgebaut werden. Eine Möglichkeit ist die Bereitstellung von Daten auf kommunaler Ebene, die BNE-Akteur_innen sichtbar macht und vernetzt. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag können hier eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung von BNE und dem Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen einnehmen.
- b.** Auch auf kommunaler Ebene sollten – wo noch nicht vorhanden – Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden, die BNE in bestehende politische Strukturen integrieren. Dazu ist ein breiter partizipativer Prozess nötig, der insbesondere die Zivilgesellschaft, Kinder und Jugendliche, migrantisch-diasporische Organisationen und kommunale Bildungseinrichtungen einbezieht. Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien könnten beispielsweise die Einrichtung von Gremien wie Nachhaltigkeitsbeiräte, die Weiterbildung von kommunalen Verwaltungsmitarbeiter_innen und die Vernetzung mit anderen Kommunen beinhalten.
- C.** Die Stärkung der politischen Beteiligung von Bürger_innen ist ein zentrales Instrument für die transformative Wirkung von BNE und wird

auch im neuen UNESCO-Programm „BNE 2030“ herausgestellt. Kommunalpolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt für politische Beteiligung, die nah an der Lebensrealität der Bürger_innen ist. Bürger_innenbeteiligung sollte daher in kommunalpolitischen Prozessen strukturell verankert werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, alle gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen.

4. Zivilgesellschaftliche Ebene

- a. Die Zusammenarbeit von BNE-Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft sollte auf allen Ebenen verstärkt werden. Eine gute Vernetzung kann die Sichtbarkeit von BNE in der Gesellschaft erhöhen und die Außenwirksamkeit der Akteur_innen stärken. Durch einen kontinuierlichen Austausch können zivilgesellschaftliche BNE-Akteur_innen voneinander lernen und die Qualität ihrer eigenen Arbeit steigern. Zivilgesellschaftliche Dachverbände unterstützen kleinere Organisationen und Vereine im Austausch untereinander.
- b. Im Sinne des Whole Institution Approach sollten zivilgesellschaftliche Organisationen ihre eigenen Strukturen kritisch im Sinne einer ganzheitlichen Organisationsentwicklung reflektieren und bei Bedarf verändern. Dabei sollte ein besonderer Schwerpunkt darauf gelegt werden, innerhalb der eigenen Organisationen diversitätssensible, inklusive und nachhaltige Strukturen zu schaffen.
- c. Zivilgesellschaftliche BNE-Akteur_innen sollten darauf achten, die Qualität ihrer Arbeit hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bei der Zielgruppe regelmäßig zu überprüfen. Viele Angebote von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen greifen die im Programm „BNE 2030“ geforderten systemweiten, ganzheitlichen Ansätze und Bildungsziele auf struktureller Ebene schon auf. Dies sollte weiter ausgebaut werden, um transformative Wirkungen zu stärken.

Bonn, 4. November 2021

Impressum

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Kooperationspartner
für die Organisation der Fachtagung war



Redaktion

Lara Fedorchenko

Endredaktion

Janna Völker

Berlin, Februar 2022

Gefördert von
ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des



Für den Inhalt dieser Publikation sind allein VENRO und die Projektpartner verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.